

**Antrag 163/I/2023****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Resolution: Gemeinsam kämpfen, statt kriminalisieren – volle Solidarität mit den Klimaaktivist\*innen**

1 Was haben die Rodungen der Grünheide für eine neue  
 2 Tesla-Fabrik, das Abbaggern des Dorfes Lützerath, die  
 3 überstürzten Rodungen im Teutoburger Wald, evidenzba-  
 4 sierter und wissenschaftlich fundierter Kampf für Klima-  
 5 schutz der Scientists for Future und der internationalen  
 6 Bewegung Fridays for Future, die zum großen Teil aus jun-  
 7 gen Menschen besteht, Rufe nach besonders harten Stra-  
 8 fen und einem harten Durchgreifen der Justiz und Gewalt  
 9 von Passant\*innen gegen Aktivist\*innen gemeinsam? Sie  
 10 zeigen, dass wir als Gesellschaft ein krasses Problem ha-  
 11 ben! Wir steuern weiterhin auf eine existenzgefährdende  
 12 Krise zu und bestrafen, verhöhnen und ignorieren, die die  
 13 uns auf diese Krise und die damit einhergehenden Gefah-  
 14 ren aufmerksam machen wollen!  
 15  
 16 Warum tönen gerade aus den Reihen der SPD die Rufe  
 17 nach einem harten Umgang mit den Klimaaktivist\*innen  
 18 und einer harten Bestrafung derer so laut? Weil uns die  
 19 Aktivist\*innen auf unsere eigene Untätigkeit, unser eige-  
 20 nes Versagen und unsere eigene Ahnungslosigkeit hin-  
 21 weisen?  
 22  
 23 Rufe nach drakonischen Strafen, einem harten Durchgrei-  
 24 fen der Justiz oder der unverhältnismäßigen Erhöhung  
 25 von Strafen im Nachgang zu den Protestaktionen von Kli-  
 26 maaktivist\*innen - auch und gerade aus den Reihen der  
 27 SPD - verurteilen wir aufs Schärfste, offenbaren sie doch  
 28 ein Rechtsstaatsverständnis, das wir so nicht teilen kön-  
 29 nen.  
 30  
 31 Statt in ein ewiges "Aber nicht grüner als die Grünen!" zu  
 32 verfallen, müssen wir als Partei - in Regierungsverantwor-  
 33 tung - anerkennen, dass wir unserer Verantwortung für  
 34 kommende Generationen, für die Zukunft aller - insbeson-  
 35 dere junger - Menschen nicht gerecht geworden sind und  
 36 nicht gerecht werden. Es braucht jetzt ein radikales Um-  
 37 denken und ein entschlossenes und schnelles Handeln!  
 38  
 39 Spätestens seit das Dorf Lützerath durch den Konzern  
 40 RWE geräumt wurde, stellen unzählige Gutachten fest,  
 41 dass Deutschland seinen Beitrag zur Einhaltung der Zie-  
 42 le des Pariser Klimaabkommens und eine Dekarbonisie-  
 43 rung bis 2050 nicht mehr leisten können wird. Deutsch-  
 44 land muss selber aus Gründen der Klimagerechtigkeit und  
 45 seiner globalen Verantwortung für die Klimakrise schon  
 46 2035 Klimaneutral sein. Was zuerst so lapidar klingt, hat  
 47 fatale Folgen. Die Zunahme von Dürren, Hitzeerscheinun-  
 48 gen und Niederschlagsdefiziten, ein Artensterben und der

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Gemeinsam gegen den Klimawandel und für eine nach-  
haltige Zukunft**

Der fortschreitende Klimawandel ist eine existenzielle Bedrohung. Zusammen mit anderen Nachhaltigkeits-Teilkrise - wie Biodiversitätsverlust, Umweltverschmutzung, Armut, Hunger und globaler Ungleichheit - bedroht er die ökologischen und sozialen Voraussetzungen für unser Zusammenleben.

Die Zunahme von Dürren, Hitzewellen, Artensterben und der Verlust von Biodiversität, das Steigen des Meeresspiegels, die Versauerung und Erwärmung der Ozeane sowie das Risiko unumkehrbarer klimatischer Kipppunkte sind nicht nur aus ökologischer Sicht katastrophal, sondern bringt auch existenzielle Risiken für die menschliche Sicherheit und Gesundheit, unsere Nahrungsmittel- und Wasserversorgung, Wohlstand, soziale Sicherheit und ein friedliches menschliches Zusammenleben mit sich.

Diese Krisenentwicklungen treffen ärmere Menschen mit besonderer Härte. Das gilt weltweit, wo Länder des globalen Südens die Folgen von Klimaveränderungen bewältigen müssen, die sie selbst nicht verursacht haben. Es gilt aber auch bei uns vor Ort, wo Menschen mit geringem Einkommen oft in stärkerem Maße Umwelt- und Gesundheitsbelastungen ausgesetzt sind - beispielsweise was verkehrsbedingte Lärm und Luftverschmutzung betrifft. Zudem verursachen

Menschen mit höherem Einkommen und Vermögen weit- aus mehr CO2-Emissionen und haben leichter die Möglichkeit, ihr Leben an Krisen und sich verändernde Umweltbedingungen anzupassen.

Vor diesem Hintergrund ist effektive Klima- und Nachhaltigkeitspolitik eine ursozialdemokratische Aufgabe. Klimaschutz ist Teil unseres Kampfes für soziale Gerechtigkeit und gute Lebensbedingungen für alle Menschen. Um dies erreichen zu können, braucht es ein radikales Um- denken und ein entschlossenes und schnelles Handeln: Jedes Zehntelgrad Temperaturanstieg weniger zählt, um die verheerenden Folgen des Klimawandels jedenfalls ein Stück weit zu mildern und soziale Härten abzuwenden. Wir bekennen uns daher zum Pariser Klimaabkommen und zu den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen.

49 damit verbundene Rückgang der Artenvielfalt, das Stei-  
50 gen des Meeresspiegels, die Versauerung und Erwärmung  
51 der Ozeane, Risiken für die menschliche Sicherheit und  
52 Gesundheit, Risiken für unsere Lebensgrundlage, unse-  
53 re Nahrungsmittel- und Wasserversorgung und das wirt-  
54 schaftliche Wachstum und die Zunahme kaskadierender  
55 Kippeffekte sind nur ein Teil der Szenarien, die uns dro-  
56 hen. Und dabei macht jedes Zehntelgrad, das wir an glo-  
57 baler Erwärmung verhindern können, einen riesigen Un-  
58 terschied!

59  
60 Für uns ist klar, die Klimakrise ist nicht diskutierbar! Es  
61 geht nicht um eine Haltung oder eine Meinung. Die Kli-  
62 makatastrophe ist ein wissenschaftlich breit und eindeu-  
63 tlig belegter Fakt, der uns alle betrifft. Nicht irgendein Fakt,  
64 sondern die Tatsache, dass unsere Gesellschaft schon in  
65 den nächsten Jahren das einzigartige ökologische Gleich-  
66 gewicht einbüßen wird, das uns die gesamte bisherige  
67 Menschheitsgeschichte begleitet hat.

68  
69 Wenn wir jetzt nicht ins Handeln kommen, wird die Klima-  
70 katastrophe unsere Gesellschaft, wie wir sie kennen, über  
71 den Haufen werfen. Sie wird unzählige Tode und Vertei-  
72 lungskämpfe nach sich ziehen, in Größenordnungen, die  
73 wir uns heute kaum vorstellen können.

74  
75 Und schaut man sich an, wer bisher die Folgen der Kli-  
76 makatastrophe zu spüren bekommt, sieht man: es han-  
77 delt sich hierbei um Länder und Regionen, die vergleichs-  
78 weise wenig zur globalen Klimakrise beigetragen haben.  
79 Während die Länder des globalen Nordens durch ihr Wirt-  
80 schaften, durch ihre Industrie und durch ihr Nichthan-  
81 deln mit Blick auf wirksame Klimapolitik die Verschlimme-  
82 rung der Klimakatastrophe zu verantworten haben, müs-  
83 sen die Länder des globalen Südens unter den katastro-  
84 phalen Folgen am stärksten leiden. Und die Ergebnisse  
85 internationaler Konferenzen wie COP27 (Die 27. Vertrags-  
86 staatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention) zei-  
87 gen, dass es trotz historischer Vereinbarung zur Einrich-  
88 tung eines Fonds zur Kompensierung von Verlusten und  
89 Schäden immer noch kein ausreichendes westliches In-  
90 teresse daran gibt, Länder und Personen, die massiv von  
91 Folgen der Klimakatastrophe betroffen sind, finanziell zu  
92 unterstützen. Dies zeigt sich auch darin, dass die bereits  
93 2009 von den reichsten Ländern versprochenen 100 Mil-  
94 liarden für Klimaschutz und -anpassung in den meistbe-  
95 troffenen Ländern bis COP27 nicht erfolgreich mobilisiert  
96 worden sind. Dabei ignorieren sie geflissentlich, dass be-  
97 reits heutzutage Menschen aufgrund der Klimakrise, auf-  
98 grund von Hitzetagen und Wetterkatastrophen sterben.  
99 Dass dabei eben jene Länder betroffen sind, die die Krise  
100 nicht befeuern scheint irrelevant zu sein. Darüber hinaus  
101 besteht die Gefahr, dass Industrieländer wie Deutschland

Mit unserer Politik unterstützen wir alle zielführenden  
Maßnahmen, um dem Klimawandel entgegenzuwirken  
und seine Folgen abzumildern - lokal, national, europäisch  
und global. Dazu zählen zum Beispiel der massive Aus-  
bau der Erzeugung erneuerbarer Energien, die Verkehrs-  
und Wärmewende, die Dekarbonisierung der Industrie  
und eine Entwicklungspolitik, die das Ziel verfolgt, die  
notwendige Transformation zu Nachhaltigkeit und Klima-  
neutralität auf der ganzen Welt voranzutreiben. Die zahl-  
reichen Maßnahmen, die derzeit auf deutscher und euro-  
päischer Ebene vorangetrieben werden, zeigen die Hand-  
lungsfähigkeit unseres demokratischen Gemeinwesens.  
Auch in Berlin wollen wir unseren Beitrag leisten; dazu  
ist das geplante Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz  
und Transformation“ ein entscheidender Baustein und ein  
wichtiger Erfolg für sozialdemokratische Klimapolitik.

Schnelle Fortschritte und eine sozial gerechte Gestaltung  
von Klima- und Nachhaltigkeitspolitik verstehen wir da-  
bei nicht als Gegensatz. Im Gegenteil: Wenn die Transfor-  
mation so schnell voranschreiten soll, wie sie voranschrei-  
ten muss, dann ist es zwingend erforderlich, niemanden  
zurückzulassen und soziale Härten so weit wie möglich  
zu vermeiden oder abzufedern. Als Sozialdemokrat\*innen  
stehen wir für soziale Sicherheit in der Transformation.  
Unsere Politik zielt darauf, dass der notwendige massive  
Wandel unserer Lebens- und Arbeitsverhältnisse für die  
Menschen gut ausgeht und in diesem Prozess des Wan-  
dels niemand zurückgelassen wird. Kurz: You never walk  
alone.

Klimaaktivist\*innen, Jugendliche und junge Erwachsene,  
die sich aktiv und lautstark für besseren Klimaschutz ein-  
setzen, leisten einen wichtigen Beitrag. Sie tragen dazu  
bei, die öffentliche und politische Aufmerksamkeit für die  
Klimakrise und den sich daraus ergebenden Handlungs-  
bedarf zu steigern und gesellschaftliche Mehrheiten für  
effektive Klimapolitik zu gewinnen. Dabei ist die Klima-  
bewegung deutlich breiter und diverser, als die öffentli-  
che Aufmerksamkeit für einzelne, besonders öffentlich-  
keitswirksame Gruppierungen suggeriert. Als SPD unter-  
stützen wir das wichtige Anliegen der Klimabewegung  
und kämpfen gemeinsam mit engagierten Menschen aus  
der Klima- und Umweltbewegung für eine sozial gerechte  
Transformation und für eine lebenswerte Zukunft inner-  
halb der planetaren Grenzen. Alle Maßnahmen und jedes  
Engagement, das uns auf dem Weg zu diesem Ziel voran-  
bringt, ist uns willkommen.

Uns ist bewusst, dass aus Sicht einiger Teile der Klima-  
bewegung trotz der bereits unternommenen Schritte das  
Tempo zur Umsetzung effektiver Maßnahmen für mehr  
und effektiven Klimaschutz noch immer nicht ausreicht.

102 die zu verhandelnden JETPs (Just Energy Transition Part-  
 103 nerships bzw. Partnerschaften zur gerechten Energiewen-  
 104 de) mit Ländern wie Senegal eher alibimäßig zur Versiche-  
 105 rung ihrer Versorgung mit fossilem Gas als zur Verbesse-  
 106 rung des Energiezugangs für die lokale Bevölkerung nut-  
 107 zen und dabei sowohl Klimaschutz als auch soziale Ge-  
 108 rechtigkeit vernachlässigen. Doch wir tragen eine globa-  
 109 le Verantwortung. Klimaschutz kann nur erfolgreich sein,  
 110 wenn er global und solidarisch ist!

111

112 Das entscheidende Problem, mit dem wir gegenwärtig als  
 113 Gesellschaft konfrontiert sind, liegt darin, dass wir die Kli-  
 114 makrise nicht wahrhaben wollen. Wir verschließen unsere  
 115 Augen schon viel zu lange vor den Fakten, die seit vielen  
 116 Jahren auf dem Tisch liegen. Hinter dieser Ignoranz ste-  
 117 cken die verantwortlichen Unternehmen und deren Lob-  
 118 bys, die am meisten von der fossilen Wirtschaft profitie-  
 119 ren, noch weiter kassieren möchten und daher Desinfor-  
 120 mationskampagnen führen und medial Verzögerungsdis-  
 121 kursen und Greenwashing verbreiten. Dabei ist es unum-  
 122 stritten, dass die Klimakrise nicht von allein verschwindet  
 123 und nur wir ihre Folgen aufhalten können.

124

125 Und genau das ist das Ziel der Klimaaktivist\*innen: Dass  
 126 endlich anerkannt wird, wie sehr wir alle gemeinsam auf  
 127 eine Katastrophe zusteuern. Erst wenn wir als Gesell-  
 128 schaft gemeinsam eingestehen, dass wir ein Problem ha-  
 129 ben, kann sachlich über die richtigen Maßnahmen und  
 130 Wege zu mehr Klimaschutz diskutiert werden.

131

132 Protestbewegungen haben zur Aufgabe, wie ein Warn-  
 133 melder Aufmerksamkeit auf ein Thema zu lenken und so  
 134 den öffentlichen Diskurs zu verändern. Mit Bewegungen,  
 135 wie „Fridays for Future“, waren und sind Massen vorwie-  
 136 gend junger Menschen auf den Straßen, was aber trotz-  
 137 dem nicht zu den notwendigen Veränderungen geführt  
 138 hat. Allein im Jahr 2019 haben Millionen Menschen für ei-  
 139 ne progressive Klimapolitik demonstriert. Ein globaler Kli-  
 140 mastreik von Fridays for Future hat am 20.09.19 Hundert-  
 141 tausende auf die Straßen Berlins mobilisiert. Am selben  
 142 Tag wurde ein Verfassungswidriges Klimaschutzgesetz,  
 143 ein sogenanntes Klimapaket, veröffentlicht. Ein Gesetzes-  
 144 paket, was diesen Namen eigentlich nicht verdient hat.  
 145 Tausende junge Klimaaktivist\*innen haben Monatelang,  
 146 Jahrelang demonstriert, die Gesellschaft hat eine Ver-  
 147 kehrswende, eine Dekarbonisierung, ein CO2-neutrales  
 148 Wirtschaften eingefordert und dennoch bleiben krisenge-  
 149 rechte Maßnahmen aus. Viel eher wird vor allem heutz-  
 150 tage über die jeweiligen Protestformen gesprochen. Nicht  
 151 mehr die Klimakrise ist Gesprächsthema, sondern die Le-  
 152 gitimität von zivilem Ungehorsam. Dabei hat sich die De-  
 153 batte von „schulschwänzenden Kinder, die auf die Profis  
 154 hören sollen“ hin zu Vergleichen (auch von SPD-Politikern)

Gruppen wie die Letzte Generation greifen dazu auch auf  
 öffentlichkeitswirksame Protestaktionen wie Straßenblo-  
 ckaden und Beschädigungen von Kunstwerken zurück, die  
 die SPD ablehnt. **Durch politische Protestaktionen dürfen  
 keine Menschen gefährdet werden.** Das schadet der Kli-  
 mabewegung.

Die Forderungen der Letzten Generation greifen deutlich  
 zu kurz, um die drohenden Katastrophen zu verhindern.  
 Darüber hinaus lenkt die Debatte über die Aktionsfor-  
 men der Letzten Generation von den politischen Hand-  
 lungsnöwendigkeiten ab. Für effektive Klimapolitik ist  
 das nicht hilfreich. Insbesondere Straßenblockaden und  
 Sachbeschädigungen bewirken Ressentiments, vor allem  
 unter Teilen der Bevölkerung, die auf das Auto angewie-  
 sen sind.

Die im Zusammenhang mit den Aktionen der Letzten Ge-  
 neration begangenen Straftaten und Ordnungswidrigkei-  
 ten müssen entsprechend der Rechtslage verfolgt und be-  
 straft werden. Gleiches gilt für Gewalt und Straftaten, die  
 sich gegen Aktivist\*innen richten. **Wir halten eine rhetori-  
 sche Eskalation, die Klimaaktivist\*innen in die Nähe von  
 Terrorismus rückt, für unangemessen. Eine Verschärfung  
 des Strafrechts lehnen wir ab.**

Um dem Klimawandel entgegenzuwirken, seine Folgen  
 abzumildern und die Transformation hin zu einer nach-  
 haltigen und klimaneutralen Lebens- und Wirtschaftswei-  
 se zu verwirklichen, setzen wir auf Solidarität und gesell-  
 schaftlichen Zusammenhalt. Sozialdemokratische Klima-  
 politik ist sozial gerecht, solidarisch, internationalistisch,  
 intersektional und feministisch. In diesem Sinne kämpfen  
 wir gemeinsam mit Klimaaktivist\*innen für entschlosse-  
 ne und effektive Maßnahmen, um allen Menschen ein gu-  
 tes Leben zu ermöglichen, ohne die Lebensbedingungen  
 künftiger Generationen zu gefährden.

155 der Protestbewegung "Letzte Generation" mit den Tali-  
156 ban entwickelt. Die Klimagerechtigkeitsbewegung ist kei-  
157 ne Terroristische Gruppe, vielmehr versucht sie Grund-  
158 rechte und das Grundgesetz durch das aktive Aufmerk-  
159 sam machen auf Missstände zu wahren. Und dabei ist  
160 ziviler Ungehorsam sinnvoll. Alle großen politischen Er-  
161 rungenschaften wurden in der Geschichte der Mensch-  
162 heit erkämpft, indem die Zivilgesellschaft unbequem war,  
163 denn es zeigt sich auch heute: scheinbar reichen Men-  
164 schenmassen auf den Straßen, ein Verfassungsgerichts-  
165 urteil, internationale bindende Verträge oder Wähler\*in-  
166 nenwillen nicht aus. Scheinbar führen auch legale Protest-  
167 möglichkeiten nicht zu sichtbarem Erfolg. Deutlich wird im  
168 Umgang mit Fridays for Future und auch den Protesten  
169 der „Letzten Generation“, dass in der öffentlichen Debat-  
170 te der Fokus auf die Form der Proteste gelegt wird, statt  
171 auf die Inhalte der Demonstrierenden. So wird beispiels-  
172 weise, statt darüber zu sprechen, dass junge Menschen zu  
173 tausenden für besseren Klimaschutz demonstrieren, viel  
174 zu oft darüber diskutiert, ob junge Menschen dafür Schu-  
175 le schwanzen dürfen und wie der Staat zu reagieren hat.  
176

177 Und hier offenbart sich auch ein großer Konflikt. Welches  
178 Signal möchte unsere Politik an die jungen Menschen sen-  
179 den, die sich für einen echten Klimaschutz einsetzen? Soll  
180 sie ihnen zeigen, dass ein Großkonzern, wie RWE, der einer  
181 der größten CO2-Emittenten der Europäischen Union ist,  
182 trotz aller Warnungen von Wissenschaftler\*innen ganze  
183 Landschaften abbaggern kann, um durch Investitionen in  
184 fossile Brennstoffe Gewinn zu machen oder will sie ihnen  
185 zeigen, dass der Kampf für das Gemeinwohl und für ei-  
186 ne Zukunft, in der alle Menschen weltweit überleben kön-  
187 nen in einer Demokratie entschieden von allen Beteiligten -  
188 auch gegen die Interessen eines Großkonzerns - gekämpft  
189 wird?

190  
191 Kurz: soll sich die radikale Gewinnlogik eines Großkon-  
192 zerns gegen unser aller Zukunft durchsetzen können? Soll  
193 in einer Demokratie, in einer Gesellschaft das Tönen der-  
194 rer, die finanzielle Macht haben, lauter und erfolgreicher  
195 sein als das Rufen derer, die - fachwissenschaftlich fun-  
196 diert - darauf hinweisen, dass wir im freien Fall auf ei-  
197 ne Katastrophe zusteuern? Als sozialistischer Verband ist  
198 für uns klar, dass sich die Interessen von Konzernen nie-  
199 mals gegen das Gemeinwohl und gegen das Interesse der  
200 Allgemeinheit durchsetzen dürfen! Der Kampf für wirksa-  
201 men Klimaschutz und gegen die Klimakatastrophe ist im-  
202 mer ein antikapitalistischer Kampf - denn es braucht ei-  
203 nen System-, keinen Klimawandel!

204  
205 Die Klimakrise ist an sich eine Krise des bestehenden De-  
206 mokratieverständnis, die die Grenzen unseren Systems  
207 verdeutlicht. Die atmosphärischen Folgen der fossilen

208 Wirtschaft werden räumlich und zeitlich anders verteilt,  
209 als das, womit wir uns innerhalb der parlamentarischen  
210 Demokratie befassen können. Weder künftige Generatio-  
211 nen noch Bürger\*innen der meistbetroffenen Länder ha-  
212 ben Mitbestimmungsrechte, wie und wie schnell die Kli-  
213 mapolitik hier und jetzt umgesetzt wird. Die schweren  
214 sozialen Folgen der sich bereits anbahnenden Klimakri-  
215 se machen den Raum zur Mitgestaltung der Klimapolitik  
216 nach bisherigem parlamentarischen Modell, v.a. für arbei-  
217 tende und/oder marginalisierte Menschen, enger. Dabei  
218 wächst auch die Verzweiflung junger Menschen, während  
219 die demokratischen sowie multilateralen Prozesse versa-  
220 gen. Diese greifen zum zivilen Ungehorsam und zu immer  
221 disruptiveren Taktiken.

222

223 In manchen Fällen, u.a. in der Mobilität, ist es aufgrund  
224 der Art der fossilen Infrastruktur schwierig zu unterschei-  
225 den, ob man bei diesen Aktionen gerade gegen individu-  
226 elles Verhalten oder fehlenden Strukturwandel demons-  
227 triert. Man kann auf einer Autobahn schlichtweg nicht  
228 zwischen Spießer\*in im Cabrio und Krankenpfleger\*in im  
229 Polo differenzieren. Diese Aktionen schüren dadurch Res-  
230 sentiments unter Teilen der arbeitenden Bevölkerung, die  
231 im aktuellen System auf das Auto angewiesen sind. Da-  
232 bei ist in Deutschland Verkehr der Sektor schlechthin, wo  
233 kaum CO2-Ersparnisse erzielt worden sind und wo sich  
234 nicht mal ein Tempolimit durchsetzen lässt. Dies gilt es  
235 auch sichtbar zu machen.

236

237 Klimaaktivist\*innen, Jugendliche und junge Erwachsene,  
238 die sich an Protestaktionen für einen entschlossenen  
239 Kampf gegen die Klimakatastrophe beteiligen, die Wäl-  
240 der, die durch Rodungen gefährdet sind, besetzen und die  
241 durch öffentlichkeitswirksame Aktionen eine längst über-  
242 fällige Debatte über wirksame Maßnahmen zum Klima-  
243 schutz anstoßen und die Politik und die Parteien auf ihr  
244 Versagen hinweisen wollen, haben uns in ihrem Kampf für  
245 eine lebenswerte Zukunft an ihrer Seite!

246

247 Unsere Solidarität gilt allerdings auch den Menschen, die  
248 aufgrund ihrer Stellung in der heutigen kapitalistischen  
249 Gesellschaft nicht individuell auf ressourcen- und emissi-  
250 onsintensive Produktions- und Verbrauchsverhalten ver-  
251 zichten können und dadurch von manchen dieser disrupti-  
252 ven Proteste in ihren Lebensrealitäten missachtet fühlen.  
253 Wir Jusos stellen die Bedürfnisse dieser Menschen in den  
254 Mittelpunkt unserer Klimapolitik. Wir lehnen die Vernach-  
255 lässigung dieser Bedürfnisse sowie den Missbrauch derer  
256 in konservativen Verzögerungsdiskursen ab. Fortschritt  
257 musste in der Vergangenheit immer erkämpft werden.  
258 Und Akte des Protests und des Aufbegehrens haben sich  
259 rückblickend häufig als wegweisende Lernkurven unserer  
260 Demokratie herausgestellt. Die Klimaaktivist\*innen über-

261 schreiten mit ihrem zivilen Ungehorsam bewusst Gren-  
262 zen, um zu zeigen: Was nicht legal ist, kann legitim sein.  
263  
264 Wir solidarisieren uns mit den Anliegen und Forderun-  
265 gen der "Letzten Generation", wir solidarisieren uns mit  
266 den Protestierenden, den Forderungen und der Besetzung  
267 von #Lützibleibt, #Hambibleibt, #Heibobleibt und #Fe-  
268 cherbleibt, wir unterstützen den Volksentscheid „Berlin  
269 2030 Klimaneutral“, wir solidarisieren uns mit der globa-  
270 len Klimagerechtigkeitsbewegung und schließen uns ih-  
271 rem Kampf für einen wirksamen, sozial gerechten, inter-  
272 sektionalen, antifaschistischen, feministischen und anti-  
273 kapitalistischen Klimaschutz an!